

**Hauptsatzung
der Gemeinde Noer
(Kreis Rendsburg-Eckernförde)**

In der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 16.05.2018

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Noer vom 19.12.2013/19.03.2018 und mit Genehmigung des Landrats des Kreises Rendsburg-Eckernförde vom 29.01.2014/23.04.2018 folgende Hauptsatzung für die Gemeinde Noer erlassen:

**§ 1
Wappen, Flagge, Siegel
(zu beachten: § 12 GO)**

- (1) Die Gemeinde Noer führt ein eigenes Wappen. Es ist unter gezinntem blauem Schildhaupt von Gold und Grün mit abgerundeter linker Schrägstufe geteilt. Oben ein Wagenrad mit zwölf Speichen, unten ein gestürztes Lindenblatt mit einem Blütenstand in verwechselten Farben.
- (2) Die Gemeinde Noer führt eine eigene Flagge. Die Flagge der Gemeinde Noer zeigt auf einem unter einem gezinnten oberen blauen Randstreifen nach Maßgabe der Teilungsverhältnisse des Gemeindewappens waagrecht geteilten, oben gelben, unten grünen Flaggentuch die Figuren des Gemeindewappens in verwechselten Farben.
- (3) Das Dienstsiegel der Gemeinde Noer zeigt das Gemeindewappen mit der Umschrift „Gemeinde Noer Kreis Rendsburg-Eckernförde“.
- (4) Die Abbildung oder die Verwendung des Gemeindewappens durch Dritte bedarf der Genehmigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

**§ 2
Bürgermeisterin oder Bürgermeister
(zu beachten: §§ 16a, 27, 28, 34, 35, 43, 47, 50, 51, 82 GO)**

- (1) Der Bürgermeisterin oder de Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie oder er entscheidet ferner über
 1. Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde, die Niederschlagung solcher Ansprüche, Führung von Rechtsstreiten und Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 5.000,-- € nicht überschritten wird,
 2. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 5.000,-- € nicht überschritten wird,
 3. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 5.000,-- € nicht übersteigt,
 4. Abschluss von Leasing- Verträgen, soweit die Gesamtleistung 5.000,-- € nicht übersteigt,

5. Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 5.000,-- € nicht übersteigt,
6. Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften, bis zu einem Wert von 500,00 €,
7. Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden nach Beratung im Bauausschuss, soweit der jährliche Mietzins 5.000,-- € nicht übersteigt,
8. Vergabe von Aufträgen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel,
9. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens, die Ausübung des Vorkaufrechts nach dem BauGB sowie die Stellungnahme zu Bauleitplänen der Nachbargemeinden, soweit nicht nach § 3 Abs. 4 die Zuständigkeit des Bauausschusses gegeben ist, d. h., bis zu einer Summe von 5.000,--€,
10. Stundungen bis zu einem Betrag von 15.000,00 € und einer Stundungsdauer bis zu 36 Monaten,
11. Der Erlass von Forderungen in Höhe von 2.500,00 €.

§ 3

Ständige Ausschüsse

(zu beachten: §§ 16a, 22 Abs. 4, §§ 45, 46, 94 Abs. 5 GO)

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:

a) Finanzausschuss

Zusammensetzung:

3 Gemeindevertreterinnen oder -vertreter,
2 Bürgerinnen oder Bürger, die Mitglied der Gemeindevertretung sein können.

Aufgabengebiet:

Finanzwesen, Grundstücksangelegenheiten, Steuern und Abgaben einschließlich des entsprechenden Satzungsrechts, Prüfung der Jahresrechnung, Personalangelegenheiten, Satzungsrecht soweit die finanzielle Auswirkung der Satzung die dem jeweiligen Fachbereich im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel mit überwiegender Wahrscheinlichkeit überschreiten würden.

b) Ausschuss für Bauen und Umwelt

Zusammensetzung:

3 Gemeindevertreterinnen oder -vertreter
2 Bürgerinnen oder Bürger, die Mitglied der Gemeindevertretung sein können.

Aufgabengebiet:

Bau- und Siedlungswesen, Straßen- und Wegeangelegenheiten, Feuerlöschwesen, öffentliche Einrichtungen, Umweltschutz- und Landschaftspflege, Fremdenverkehrsangelegenheiten, Satzungsrecht der vorgenannten Aufgabenbereiche.

c) Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales

Zusammensetzung:

3 Gemeindevertreterinnen oder -vertreter

2 Bürgerinnen oder Bürger, die Mitglied der Gemeindevertretung sein können.

Aufgabengebiet:

Sozialwesen und Seniorenbetreuung, Jugendarbeit, Familienförderung, Sportförderung, Satzungsrecht der vorgenannten Aufgabenbereiche.

- (2) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 9 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.
- (3) Jede Fraktion kann ein stellvertretendes Ausschussmitglied vorschlagen. Das stellvertretende Ausschussmitglied einer Fraktion wird tätig, wenn ein Ausschussmitglied seiner Fraktion oder ein auf Vorschlag seiner Fraktion gewähltes sonstiges Mitglied verhindert ist.
- (4) Dem Bauausschuss werden folgende Entscheidungen übertragen:
 1. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach den §§ 31 Abs. 2, 33 Abs. 2 und 3, 34 Abs. 2 letzter Halbsatz und 34 Abs. 3a Baugesetzbuch, sowie für sonstige Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 2 Baugesetzbuch nur dann, wenn eine Verbindung mit Abs. 4 nicht gegeben ist,
 2. Ausübung bzw. Nichtausübung von Vor- und Wiederkaufsrechten bei Grundstückswerten über 5.000,00 €
 3. Stellungnahme zu Bauleitplänen der Nachbargemeinden, sofern der Geltungsbereich dieser Pläne an die Gemeindegrenze stößt oder übergeordnete Belange berührt werden.

§ 4

Gleichstellungsbeauftragte (zu beachten: § 22a AO)

Die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Dänischenhagen kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse der Gemeinde Noer teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

§ 5

Aufgaben der Gemeindevertretung (zu beachten: §§ 27, 28 GO)

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie sie nicht auf die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

§ 6
Einwohnerversammlung
(zu beachten: § 16b GO)

- (1) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann zur Erörterung wichtiger Angelegenheiten eine Einwohnerversammlung einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn die Gemeindevertretung dies verlangt. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Für die Einwohnerversammlung ist von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens 10 v. H. der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.
- (3) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit auf bis zu 5 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dieses zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.
- (4) Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mehr als 50 % der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss mindestens enthalten:
 1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 2. die ungefähre Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
 3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet und allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern zugesandt.

- (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§ 7
Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern

(zu beachten: § 29 GO)

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen oder -vertreter oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 12.500,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 1.250,00 €, halten. Ist dem Abschluss eines Vertrages eine Ausschreibung vorangegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen, der Verdingungsordnung für Bauleistungen oder der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 50.000,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 5.000,00 €, hält.

§ 8

**Verpflichtungserklärungen
(zu beachten: § 51 GO)**

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 2.500,00 €, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 250,00 €, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung entsprechen.

§ 9

**Veröffentlichungen
(zu beachten: Bekanntmachungsverordnung)**

- (1) Satzungen der Gemeinde werden im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Dänischenhagen veröffentlicht. Hinsichtlich der Erscheinungsweise und der Bezugsmöglichkeiten gelten die entsprechenden Bestimmungen der Hauptsatzung des Amtes Dänischenhagen.
- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 10

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2014 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 17.12.2003, zuletzt geändert am 15.08.2006, außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrates des Kreises Rendsburg-Eckernförde vom 29.01.2014. erteilt.

Noer, den 31.01.2014/16.05.2018

Gemeinde Noer
Die Bürgermeisterin
gez. S. Mues